

## ***Was tun mit dem deutschen Atommüll? Ein Handlungsprogramm des BUND.***

Stand: 30.10.2008

Wohin mit Deutschlands Atommüll? Die große Koalition wollte diese Frage eigentlich angehen, so steht es im Koalitionsvertrag. Aber von einem Fortschritt in dieser wichtigen Frage ist derzeit nichts zu sehen. CDU und CSU wollen das Problem nicht angehen sondern verschärfen. Sie setzen auf längere Laufzeiten der Atomkraftwerke und wollen noch mehr strahlenden Atommüll produzieren. Außerdem setzen sie nach wie vor einseitig auf den – aus Sicht des BUND gänzlich ungeeigneten – Salzstock im niedersächsischen Gorleben.

### ***Vorschläge des Umweltministeriums***

Das Umweltministerium hatte im März 2008 das Konzept „Verantwortung übernehmen: Den Endlagerkonsens realisieren“ ins Spiel gebracht.

Der Kern des BMU-Konzeptes: Der Standort Gorleben soll sich anhand von vorher festgelegten Kriterien einem Vergleich mit anderen Standorten stellen. Nur wenn sich andere Lagermöglichkeiten „aufdrängen“, soll in Gorleben nicht weiter untersucht werden. Dies ist aus Sicht des BUND das Hauptproblem des Gabriel-Konzeptes. Zwar wird hier immer wieder von einer vergleichenden Untersuchung mehrerer Standorte gesprochen. Dennoch birgt es die Gefahr, dass trotzdem bereits frühzeitig und ohne echte Untersuchung von Alternativen der ungeeignete Salzstock in Gorleben als Endlager feststeht. Nach Meinung des BUND muss es aber darum gehen, auf Grundlage wissenschaftlicher Kriterien und mit einer umfangreichen Beteiligung der Öffentlichkeit das vergleichsweise am wenigsten gefährliche Atommüllendlager in Deutschland zu suchen.

Außerdem hatte das Umweltministerium im August 2008 einen Entwurf für „Sicherheitsanforderungen an die Endlagerung Wärme entwickelnder radioaktiver Abfälle“ präsentiert. Der BUND begrüßt, dass in diesem Entwurf erstmals das Strahlenschutzziel festgeschrieben wurde, den Atommüll für 1 Million Jahre sicher einzulagern. Kritisch ist, dass der Entwurf nicht ausdrücklich ein Mehrbarrierensystem zum Schutz des eingelagerten Atommülls fordert. Damit halten die Sicherheitsanforderungen eine Hintertür für den Standort Gorleben offen, der nicht über mehrere geologische Schutz-Barrieren verfügt.

### ***Endlagersuche bisher erfolglos***

Sowohl das DDR-Atommülllager bei Morsleben in Sachsen-Anhalt als auch das niedersächsische Versuchsendlager in Asse bei Wolfenbüttel – beide befinden sich in unterirdischen ehemaligen Salzbergwerken – erwiesen sich als nicht geeignet.

#### ***1. Morsleben***

In Morsleben zeigte sich dies auf dramatische Weise: 1998, wenige Wochen nach einem Gerichtsbeschluss, der die weitere Einlagerung radioaktiver Abfälle stoppte, löste sich ein 2000 Tonnen schwerer Gesteinsbrocken aus dem Deckgebirge über dem Salzstock und stürzte in einen Hohlraum des Bergwerks. Rein zufällig lagerte direkt unter dem herabstürzenden Gestein kein Atommüll. Kurz nach diesem Vorfall wurde die endgültige Stilllegung des Atommülllagers bei Morsleben verfügt, von dem dort bereits eingelagerten Strahlenabfall gehen jedoch noch lange Zeit große Gefahren aus.

#### ***2. Asse***

Seit 1988 ist bekannt, dass täglich etwa 12.000 Liter Grundwasser aus dem Deckgebirge in das Grubengebäude eindringen und eine gesättigte Salzlösung ("Lauge") bilden. Das Bergwerk mit dem Atommüll droht abzusaufen. Dringt die Salzlösung in die Einlagerungskammern, dann kann eine Kontamination des Grundwassers mit Radionukliden langfristig nicht verhindert werden. Mensch und Umwelt sind durch die in der Asse lagernden atomaren Abfälle bedroht.

Nach dem vom niedersächsischen Umweltministerium erstellten "Statusbericht über die Schachanlage Asse II", der am 2. September 2008 präsentiert wurde, gab es bereits von Anfang an Laugenzuflüsse. Schon beim Abteufen des

Schachtes II in den Jahren 1906 bis 1908 kamen bis zu 43 Kubikmeter Flüssigkeit aus der Wand. Anfang der 40er-Jahre flossen zeitweise bis 100 Kubikmeter Lauge täglich in das Bergwerk, 1979 sogar 432 Kubikmeter. Allein seit 1988 wurden 32 weitere aktive Zutrittsstellen festgestellt. Nunmehr liegt der Zufluss seit Jahren bei knapp 12 Kubikmetern. Mindestens zwei Fässer enthalten nach Angaben von Bundesumweltminister Gabriel Kernbrennstoffe, und insgesamt sollen in der Asse rund 9 Kilogramm Plutonium lagern.

### ***Schacht Konrad und Gorleben sind ungeeignet***

Seit Jahrzehnten wird um zwei weitere Standorte in Niedersachsen gerungen: Konrad bei Salzgitter sowie Gorleben. Im Frühjahr 2006 erlaubte das Oberverwaltungsgericht Lüneburg, die frühere Eisenerzgrube Schacht Konrad als Endlager für schwach- und mittelradioaktiven Müll zu nutzen. Die fehlende Langzeitsicherheit des Schachtes wurde in dem Urteil ausgeklammert. Darüber hinaus wurde den Klägern keine Revisionsmöglichkeit gegen das Urteil eingeräumt. Mehrere Kläger versuchen derzeit, eine Revisionszulassung zu erreichen. Darüber muss das Bundesverwaltungsgericht entscheiden. Nach Angaben des Umweltministeriums könnte Konrad nach sechs Jahren Umbauzeit in Betrieb genommen werden.

Der größte Streit in der Endlager-Debatte dreht sich nach wie vor um Gorleben. Insbesondere die Betreiber der Atomkraftwerke, aber auch Teile der Politik setzen darauf, dass die Endlagersuche schließlich auf diesen Standort hinausläuft. Diese Präferenz hat kurzfristige wirtschaftliche und ideologische Motive. Zum einen wurden in Gorleben schon erhebliche Summen investiert. Zum anderen befindet sich hier bereits ein Großteil des hochradioaktiven Mülls aus deutschen AKW – eingeschlossen in Castor-Behältern in der oberirdischen Zwischenlagerhalle, die nicht noch einmal durch Deutschland reisen müssten. Unter Sicherheitsaspekten ist ein Endlager für hochradioaktiven Müll in Gorleben inakzeptabel: Geologische Gutachten verweisen auf ein unzureichendes Deckgebirge und Verbindungen zum Grundwasser. Derzeit gilt für das Lager in Gorleben ein Baustopp; dieses Moratorium gilt bis 2010, kann jedoch jederzeit aufgehoben werden.

### ***BUND Handlungsprogramm für die Endlagersuche***

Niemand kann garantieren, dass der gefundene Standort für einen Zeitraum von einer Million Jahre sicher ist. Es geht allein darum, den vergleichsweise am wenigsten gefährlichen Ort zu finden. Und selbst wenn er gefunden wurde, führt kein Weg am schnellen Ausstieg aus der Atomkraft vorbei. Nur so lassen sich die zusätzlich entstehenden Atommüllmengen begrenzen, die wir nachfolgenden Generationen hinterlassen.

#### ***1. Atomausstieg vor Genehmigung eines Endlagers***

Dies ist eine entscheidende Bedingung für die Akzeptanz in der Bevölkerung. Ein Endlager, das den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke ermöglicht und so die Atommüllberge weiter wachsen lässt, ist nicht akzeptabel und wird überall auf Widerstand stoßen. Die Genehmigung eines konkreten Endlager-Standortes darf erst dann erfolgen, wenn der Atomausstieg vollzogen ist.

#### ***2. Mit der vergleichenden Endlagersuche neu beginnen***

Die Endlagersuche muss neu beginnen. Sie muss nach vorher festgelegten wissenschaftlichen Kriterien erfolgen und mehrere Standorte vergleichen. Die Entscheidung kann letztlich nur nach einem unterirdischen Vergleich getroffen werden. Radioaktiver Abfall, der in Deutschland produziert wurde, gehört in ein deutsches Endlager. Es ist keine Lösung, Atommüll ins Ausland zu exportieren. Auch, um diesen Diskussionen endlich den Riegel vorzuschieben, ist eine ernsthafte Endlagersuche in Deutschland mehr als überfällig.

#### ***3. Ein Endlager für den gesamten Atommüll – Schacht Konrad nicht in Betrieb nehmen***

Der BUND fordert, dass nur ein Endlager zur Aufnahme des gesamten Atommülls (sowohl schwach-, wie auch mittel- und hochradioaktiv) errichtet wird.

#### ***4. Endlagerung in tiefen geologischen Schichten***

Die Endlagerung sollte in tiefen geologischen Formationen erfolgen, welche die maßgeblichen Langzeitbarrieren bilden. Als Strahlenschutzziel muss mindestens gelten: Radioaktive Stoffe müssen für mindestens eine Mio. Jahre sicher von der Biosphäre abgeschlossen sein.

#### ***5. Breite Öffentlichkeitsbeteiligung***

Neben den geo-wissenschaftlichen Aspekten müssen jedoch auch sozialwissenschaftliche Kriterien wie Akzeptanz und Bevölkerungsdichte berücksichtigt werden. Und die Öffentlichkeit muss am gesamten Genehmigungsverfahren beteiligt werden.

#### ***6. Die Kosten tragen die AKW-Betreiber***

Alle Kosten für die Endlagersuche müssen die Betreiber der Atomkraftwerke tragen. Dies muss auch für die aufwändige vergleichende Standortsuche mit Öffentlichkeitsbeteiligung gelten. Die Betreiber haben jahrzehntelang

viel Geld mit ihren Atomkraftwerken verdient. Jetzt müssen sie auch dafür aufkommen, dass ein Endlager für den Strahlenmüll gefunden wird, von dem die wenigsten Gefahren ausgehen.

### ***7. Die Kontrolle liegt beim Staat***

Die Suche nach dem Standort, dessen Genehmigung und die Öffentlichkeitsbeteiligung sind staatliche Aufgaben. Dazu sollte eine öffentliche Institution geschaffen werden, die von einem unabhängigen Gremium kontrolliert wird.

#### **Kontakt und weitere Informationen:**

Thorben Becker,  
Teamleiter Klimaschutz  
Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin  
Tel.: 030-27586-421  
[thorben.becker@bund.net](mailto:thorben.becker@bund.net)